Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge.

Verantwortlicher Redakteur Felix Arnold. Druck u. Verlag: Auer Druck- u. Verlagsgesellschaft m. b. H. Aue. Telegramm-Adresse: Tageblatt Auererzgebirge. Fernsprech-Anschluß Nr. 25.

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 4.50 Mk. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 4.40 Mk. Bei der Post bestellt und selbst abgeholt vierteljährlich 13.50 Mk., monatlich 4.50 Mk. Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 14.40 Mk., monatlich 4.80 Mk. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsausträger und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 70 Pfg., auswärtige Anzeigen 80 Pfg., Reklamepetitzeile für Aue und den Bezirk Schwarzenberg 240 Pfg., sonst 300 Pfg. Bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9½ Uhr vorm. Für Leider im Satz kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 160 — Mittwoch, den 14. Juli 1920 — 15. Jahrgang

Das Neueste vom Tage.

In Spa haben sich neue Schwierigkeiten ergeben, die zu einer Vertagung der Sitzung auf unbestimmte Zeit führten.

*

Die preußische Regierung ist inoffiziell von alliierter Seite dahin verständigt worden, daß die Abstimmung in Oberschlesien Ende September oder spätestens Anfang Oktober stattfinden werde.

*

Der Streik der Bergarbeiter im Zeitzer, Weißenfelser, Naumburger und Bornaer Braunkohlenrevier ist nach zweitägiger Dauer beigelegt worden.

*

Der polnische Minister des Aeußern hat eine Note an die Konferenz in Spa gerichtet, in der erklärt wird, daß Polen bereit ist, Frieden zu schließen auf der Grundlage, daß das Selbstbestimmungsrecht in den zwischen Polen und Rußland liegenden Gebieten durchgeführt wird.

Neue Krisis in Spa.

Die Konferenz auf unbestimmte Zeit vertagt.

Die Spannungen, die in den letzten Tagen in Spa über den Verhandlungen der beiderseitigen Sachverständigen lagen, sind auch durch die gestrige Verhandlung in keiner Weise gelöst worden. Wenn man glaubte, daß ein Ausgleich zwischen dem Angebot der deutschen Delegierten in der Kohlenfrage und der Forderung der Alliierten gefunden werden würde, so hat die gestrige Sitzung des Obersten Rates gezeigt, daß hier vorläufig unüberbrückbare Gegensätze vorhanden zu sein scheinen. Von den frühen Morgenstunden an hatte man sich in der Sachverständigenkonferenz bemüht, die monatliche Tonnenlieferung an die Alliierten festzusetzen. Da eine Einigung jedoch nicht zustande kam, beschloß der Ministerrat, der am Nachmittag unter Vorsitz des Reichskanzlers Fehrenbach tagte, mit der von der Entente gewünschten Auskunft zunächst zurückzuhalten, bis in der Nachmittagssitzung des engeren Rates die Kohlenlieferung festgestellt worden sei, die als unlösbare Basis für jedes wirtschaftliche Angebot durch Deutschland anzusehen sei. Auch die gemischte Kommission, die sich mit der Wiedergutmachungsfrage zu beschäftigen hatte, war am Vormittag zusammengetreten. Wie schon in früheren Besprechungen, so legten auch gestern die Vertreter der Entente den größten Nachdruck auf eine bestimmte zahlenmäßig festgesetzte Höhe unseres finanziellen Angebots, das der Reichsminister Wirth, der an dieser Besprechung teilnahm, für den Nachmittag in Aussicht stellte.

Mit großem Interesse sah man daher der Nachmittagssitzung des engeren Rates entgegen, in der Reichsminister Dr. Simons die Gründe entwickelte, aus denen heraus es unmöglich sei, eine Zusage betreffs der Kohlenlieferung zu machen, die nicht die Zustimmung der Bergwerksunternehmer und Arbeiter finden würde. Er könnte höchstens zusagen, die Tageslieferung vom 1. Oktober 1920 ab auf 56 000 Tonnen und vom 1. Oktober 1921 auf 68 000 Tonnen zu erhöhen. Wenn in Oberschlesien für Ruhe gesorgt würde, so fuhr Dr. Simons fort, so sei eine nicht unerhebliche Steigerung der Kohlenlieferung zu erwarten. Es würde daher nötig sein, den Abstimmungstermin in Oberschlesien sobald als möglich anzusetzen. Auf die von Minister Dr. Simons ausgesprochene Anregung, ob es nicht überhaupt besser sei die Abstimmung ganz aufzuheben, erwiderte der Präsident de la Croix,

daß diese Anregung die Konferenz mit größtem Bedauern erfülle und eine ernste Lage schaffe, und vertagte die Sitzung auf unbestimmte Zeit, ohne daß es zu einem Beschluß gekommen wäre.

Die Verhandlungen sind also wiederum an einem kritischen Punkt angekommen. Es herrscht allgemein große Erregung unter den Konferenzteilnehmern.

*

Das Spiel mit dem Feuer.

Nach einer Matin-Meldung spiele bei der Erwägung, die Verhandlungen fortzusetzen, auch die Frage der Besetzung des Ruhrgebietes eine Rolle. Es bestehe nämlich die Gefahr daß, wenn man dieses Mittel ergreife, die Bergarbeiter aller Länder sich zu einer gemeinsamen Bewegung einigen würden.

Giolitti gegen die Diktatpolitik.

Der Secolo meldet aus Rom: Giolitti beauftragte den Grafen Sforza, in Spa für Verhandlungen mit Deutschland einzutreten. In Gesprächen mit den Deputierten sprach der Minister lebhaft gegen ein diktatorisches Verfahren der Alliierten gegenüber Deutschland in den wirtschaftlichen Fragen.

Die Prüfungskommission.

Der Kommission, welche die deutschen Vorschläge in der Wiedergutmachungsfrage prüfen soll, gehören der englische, italienische und französische Botschafter in Berlin an. Der italienische Botschafter ist zu diesem Zwecke eiligst nach Spa gereist.

Spa im Reichstag.

Der am 28. Juli wieder zusammentretende Reichstag wird sich in seiner ersten Sitzung mit den Ergebnissen der Konferenz in Spa befassen. An die Erklärung der Reichsminister wird sich eine politische Erklärung und Aussprache knüpfen. Die Unabhängigen werden nach Schluß der Aussprache ein neues Mißtrauensvotum gegen die bürgerliche Regierung beantragen.

Die Pariser Syndikalisten gegen Spa.

Der Züricher Tagesanzeiger meldet aus Paris: Die Syndikalisten rufen für Sonntag Massenkundgebungen in Paris und Frankreich ein, um gegen die Auslegung des Versailler Vertrages durch die Spaer Konferenz zu protestieren. Die sozialistische Kammerfraktion hat ihre Teilnahme an der Demonstration abgelehnt.

Die Gewerkschaften gegen die Kohlenkontrolle.

In der Sonnabend-Sitzung der Gewerkschaften in Berlin wurde einmütig gegen die von der Entente beabsichtigte Kontrolle der deutschen Kohlenförderung Stellung genommen. Für den Fall eines dahingehenden Abkommens in Spa wurde der aktive Widerstand der deutschen Arbeiterschaft und der Generalstreik der Bergarbeiter als unmittelbare Folge gefordert.

*

Mißhandlung eines deutschen Korrespondenten.

Der der deutschen Delegation für die Konferenz in Spa zugeteilte Journalist Stollossa, Vertreter des W. T. B., ist Montag abend kurz vor Mitternacht auf dem Wege zu seinem Quartier von einem belgischen Offizier und einem Zivilisten tätlich angegriffen worden. Der Genannte erhielt mehrere leichte Schläge auf den Rücken und einen schweren Schlag auf den Kopf. In Verbindung mit diesem Zwischenfall hat Reichsminister Dr. Simons gestern vormittag an den Generalsekretär der Konferenz eine Note gerichtet, in der er die belgische Regierung bittet, ihrerseits den Sachverhalt festzustellen und entsprechende Maßregeln zu ergreifen. Dabei hat er darauf hingewiesen, daß der Reichskanzler mit Rücksicht auf die Beunruhigung der öffentlichen Meinung in Deutschland für baldige Erledigung dankbar sein würde. Der Generalsekretär der Konferenz hat sofort an den Minister in Brüssel berichtet und im voraus sein Bedauern über den Zwischenfall ausgesprochen, der womöglich noch im Laufe des gestrigen Tages erledigt werden würde.

Die Umbildung der Sicherheitswehr.

Der preußische Minister des Innern Severing äußerte sich über die Entwaffnungsfrage, die, wie gemeldet, in der Sitzung des Reichskabinetts am Montag beraten wurde, folgendermaßen: Die geforderte Auflösung betrifft lediglich die Organisationsform und die Bewaffnung der Sicherheitspolizei, die der Entente eine Nachbildung militärischer Institutionen zu sein scheint. Keineswegs ist die Ententeforderung so aufzufassen, als ob die heute im Dienst befindlichen Polizeimannschaften entlassen werden müßten. Allerdings sind von deutscher Seite auch keine Erleichterungen bezüglich der Durchführung der Note vom 22. Juni erreicht worden. Auch ist es nicht gelungen, die Entente davon zu überzeugen, daß die Sipo nach Aufbau und Zweck der Verwendung mit der Reichswehr nichts zu tun hat. Es bleibt also dabei, daß die Sicherheitspolizei innerhalb von 3 Monaten in eine Ordnungspolizei umzuwandeln ist mit dem Charakter als Landes- und Ortspolizei. Nach den Forderungen früherer Noten nehmen wir an, daß die Entente jedem dritten Mann einen Karabiner zugestehen wird, im übrigen aber der durchgängigen Bewaffnung mit Pistole und Säbel nichts im Wege steht. Die sogenannten schweren Waffen (Minenwerfer, Flammenwerfer, Geschütze und dergleichen) müssen natürlich abgeliefert werden. Anderseits ist die Vermehrung der Kopfzahl an Mannschaften in gewisser Beziehung ein Aequivalent für die Forderung auf Entwaffnung.

Wir werden jetzt doppelt darauf achten, daß die neue Polizeitruppe ein absolut brauchbares Instrument für ihre Zwecke wird, und daß nur körperlich und moralisch ganz erprobte Leute aufgenommen werden. Wir wollen mit der Umformung der Sipo nicht den Keim zu neuem Mißtrauen legen, vielmehr die Ententevertreter davon überzeugen, daß wir mit unserer Organisation nichts als Ruhe und Ordnung im Lande zu erhalten wünschen. In Preußen beginnen wir sofort mit der Umformung und Abgabe aller irgendwie entbehrlichen Großkampfwaffen. Die an militärische Rangstufen erinnernden Amtsbezeichnungen werden abgeschafft und den bei der Polizei üblichen nachgebildet. Die technischen Hundertschaften werden aufgelöst und in die anderen Abteilungen eingegliedert. Das sind übrigens Dinge, die im Wege der Reform durchzuführen wir schon vor Spa entschlossen waren. Ich bin im übrigen der Ansicht, daß im wesentlichen, wenn es gelingt in den nächsten Monaten die Entwaffnung der nicht zum Waffentragen befugten Bevölkerung durchzusetzen, wir mit einer gut organisierten und disziplinierten Polizeitruppe Ruhe und Ordnung im Lande garantieren können. Die Entwaffnung der Bevölkerung ist noch Gegenstand der Erwägungen bei den Behörden. Jedenfalls kann, wenn in Preußen die Sicherheitspolizei mit dieser Frage betraut wird, die Bevölkerung sich darauf verlassen, daß vollständig unparteiisch verfahren wird. Die Bewaffnung der Radikalen, sowohl der von rechts als auch der von links, ist für die ruhige Entwicklung des Landes gleich gefährlich, die Durchführung der Entwaffnung daher nach beiden Seiten gleich notwendig.

*

Die Gewerkschaften und die zu entlassenden Reichswehrsoldaten.

Da damit zu rechnen war, daß die Arbeiterschaft sich gegen eine Zusammenarbeit mit den zur Entlassung kommenden Reichswehrsoldaten sträuben würde, haben Verhandlungen mit den Gewerkschaften stattgefunden, die zu einem befriedigenden Ergebnis geführt haben. Die Gewerkschaften stehen auf dem Standpunkt, daß keinem Reichswehrsoldaten, der jetzt zur Entlassung gelangt, aus politischen Gründen der Eintritt in einen Betrieb verweigert werden darf.

Nie und nimmer geben wir die Waffen her!

Die Leitung der Münchner Einwohnerwehr erklärt, daß sie entschlossen sei, sich einer Entwaffnung unter keinen Umständen zu fügen. Die Einwohnerwehr führe die Waffe nur zum Schutze von Familie, Haus und Hof, um diese vor Plünderungen und Widerwärtigkeiten zu bewahren und zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung. Gelegentlich einer Ansprache berichtete der Landeshauptmann der bayrischen Einwohnerwehren Dr. Escherich, er habe in Berlin glatt erklärt: Nie und nimmer geben wir die Waffen her. Das habe er auch einem englischen General gesagt. — Auch die hessische Regierung zeigte der Reichsregierung an, daß sie sich dem Spaer Abkommen über Auflösung der Sicherheitswehren nicht unterwerfen wird.

Das Abstimmungsergebnis in Ost- und Westpreußen.

Der deutsche Sieg ist in einem Umfange zur Tat geworden, wie die Vertreter der deutschen Bewegung es nicht zu glauben gewagt haben. Er übertrifft den Sieg in der zweiten Zone von Nordschleswig erheblich. Im ganzen stimmten 1652 Gemeinden deutsch, und nur 9 Gemeinden polnisch. Von 63 Gemeinden fehlen noch die Zahlen; sie gelten aber alle 63 als gut deutsch. Was die polnischen Mehrheiten anbetrifft, so haben im Grenzbezirk die Kreise Osterode, Dirschau, Groschken und Groß-Lewalde eine polnische Mehrheit erzielt. Die Dörfer liegen hart an der Grenze und mußten daher als stark gefährdet gelten. Im Kreise Neidenburg hat nur ein einziger Ort, Turaukirche und Turauort, eine polnische Mehrheit aufzuweisen. Dagegen ist das Dorf Turau in seiner Mehrzahl deutsch. Im Landkreise Allenstein sind drei Dörfer mit einer polnischen Mehrheit aus der Abstimmung hervorgegangen, und zwar Groß-Leschnow, Wemitten und Schilling. Diese drei Dörfer können aber das Abstimmungsergebnis in keiner Weise beeinflussen. Im Landkreise Allenstein sind 30 444 deutsche und 4428 polnische Stimmen abgegeben worden. Mit diesem für die Polen kümmerlichen Ergebnis muß man die Agitation vergleichen, die sie in Paris entfaltet haben. Gerade der Landkreis Allenstein war es, der von den Polen immer wieder als durchaus polnisch in Anspruch genommen wurde! In Westpreußen ergibt sich das gleiche Bild. Der überaus gefährdete Kreis Stuhm hat nur 4919 polnische gegen 18 998 deutsche Stimmen aufzuweisen. Auch die Stadt Stuhm hat überwiegend deutsch gestimmt, und zwar 2075 deutsche und 749 polnische Stimmen abgegeben. Ueber die Wahlbeteiligung kann noch nichts gesagt werden, doch wird sie sicher auf 95 bis 98 Prozent aller Abstimmungsberechtigten belaufen. Sehr interessant wird auch die Zahl der auswärtigen Stimmberechtigten sein. Nach den Mitteilungen des Deutschen Schutzbundes sind ungefähr 165 000 Personen in die Abstimmungsgebiete befördert worden. Der Schutzbund hat also hier eine Arbeit geleistet, die wesentlich mit dazu beigetragen hat, den deutschen Sieg so machtvoll zu gestalten, wie wir ihn jetzt erlebt haben.

*

Jeder zwölfte Pole hat für Deutschland gestimmt!

Nach Meldungen aus Königsberg vom Dienstag früh haben im Abstimmungsgebiet Allenstein etwa 8 Prozent der Polen ihre Stimmen für Deutschland abgegeben.

Der Oberste Rat über das Ergebnis.

Nach Meldungen aus Allenstein trifft die italienische Besatzungstruppe Vorbereitungen, das Abstimmungsgebiet Anfang nächsten Monats zu verlassen. Die Entscheidung des alliierten Rates über die staatsrechtliche Zugehörigkeit der Abstimmungsgebiete soll nach einer Havas-Meldung am Montag abend in der letzten Juliwoche erfolgen.